presse

SPD-Bundestagsfraktion will die ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft stärken

***Rita Hagl-Kehl**, zuständige Berichterstatterin:*

Die SPD-Bundestagsfraktion hat heute ein Positionspapier zum ökologischen Landbau verabschiedet. Sie bekräftigt das politische Ziel, das Angebot an ökologisch erzeugten Agrarprodukten auf heimischen Äckern und in der Ladentheke auszubauen. Dafür muss die ökologisch bewirtschaftete Anbaufläche in Deutschland ausgeweitet werden.

„Unser politisches Ziel ist es, dass mehr heimische Landwirte aktiv Chancen auf dem Markt für Bio-Lebensmittel nutzen können. Mehr Betriebe unterschiedlicher Größe, Produktionsausrichtung und Beschäftigungsstruktur sollen zukünftig auf den ökologischen Landbau umstellen. Dafür benötigen wir einen „Zukunftsplan Öko“ mit einerseits einem abgestimmten Maßnahmenbündel zur Förderung des ökologischen Landbaus auf nationaler Ebene sowie andererseits einem verlässlichen Rechtsrahmen auf europäischer Ebene.

Das kommt sowohl Landwirten, Verbrauchern, landwirtschaftlichen Nutztieren als auch der Umwelt zugute. Den Kern einer zukunftsfähigen Agrarpolitik bilden nach Auffassung der SPD-Bundestagsfraktion lebendige ländliche Räume und eine nachhaltige Landbewirtschaftung. Ziel ist es, eine Landwirtschaft zu fördern, die flächendeckend wirtschaftet, multifunktional ausgerichtet ist und ressourcenschonend produziert. Der ökologische Landbau ist das nachhaltigste Produktionssystem.

Der ökologische Landbau soll auf nationaler Ebene durch einen „Zukunftsplan Öko“ gestärkt werden. Dafür machen wir uns in der aktuellen Legislaturperiode stark. Dieser Plan soll die unterschiedlichen Fördermaßnahmen für die ökologische Land- und Lebensmittelwirtschaft strategisch besser koordinieren, damit das Ziel von 20 Prozent ökologischer Landbau, das in der Nachhaltigkeitsstrategie verankert ist, erreicht werden kann.

Bereits im September 2014 haben wir uns dafür eingesetzt, dass die

Bundesregierung bei der Beratung zur Revision der EU-Öko-Verordnung (EG) Nummer 834/2007 für eine kontinuierliche Weiterentwicklung des europäischen Rechtsrahmens eintritt. Auf unsere Initiative hin haben die Koalitionsfraktionen einen Antrag zur Novelle der EU-Öko-Verordnung erarbeitet. Der Antrag wurde von allen Fraktionen im Deutschen Bundestag unterstützt.“